



Berlin braucht eine zukunftsfähige und wirtschaftsfreundliche Verwaltung

Ein Forderungskatalog aus Sicht der Wirtschaft

Zusammenfassung

Die Einführung einer einstufigen Verwaltungsstruktur im Land Berlin würde den Erwartungen der Berliner Wirtschaft an eine dienstleistungsorientierte und wirtschaftsfreundliche Verwaltung des Landes am besten gerecht und bleibt damit prioritäre Zielstellung. Die IHK Berlin ist sich bewusst, dass die politische Umsetzung der einstufigen Verwaltung, inklusive einer dazu notwendigen Verfassungsänderung, derzeit von keiner der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien unterstützt wird. Resignation angesichts politischer Widerstände ist für die Wirtschaft jedoch keine Option. Viele Reformmaßnahmen sind auch im bisherigen zweistufigen Verwaltungsaufbau nötig und möglich. Nach zahlreichen Debatten in den ehrenamtlichen Gremien der IHK Berlin wurde entschieden, zusätzlich zum Modell der Einstufigkeit, aktuelle Vorschläge für eine optimierte, den Anforderungen der Wirtschaft besser gerecht werdende zweistufige Verwaltung vorzulegen.

Die Qualität und Leistungsbereitschaft der Berliner Behörden sind zentrale Standortfaktoren und eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen in der gesamten Region. Die IHK Berlin setzt sich mit ihren Vorschlägen zur Optimierung der zweistufigen Verwaltung dafür ein, Berlin zur wirtschaftsfreundlichsten Stadt in Deutschland zu entwickeln. Eine Stadt der kurzen Wege, schnellen Entscheidungen, transparenten Abläufe und kompetenten Ansprechpartner. Die Berliner Unternehmen sollen in den Senats- und Bezirksverwaltungen zukünftig leistungsstarke und wirtschaftsfreundliche Partner finden. Durch den Abbau von Überregulierungen und den Aufbau einer modernen, ergebnisorientiert arbeitenden Verwaltung wird sich Berlin einen Vorteil im Standortwettbewerb erarbeiten und damit Wachstum und Beschäftigung fördern. Um das zu erreichen, bedarf es der Umsetzung der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen:

Zehn Vorschläge zur Optimierung der zweistufigen Verwaltung

1. Berlin zur Modellregion für Wirtschaftsfreundlichkeit machen!
2. Politische Führung wahrnehmen!
3. Aufgabenkatalog selbstkritisch prüfen!
4. Arbeitsabläufe am Kunden ausrichten!
5. Verwaltungssteuerung zentralisieren!
6. Unternehmensdienstleistungen bündeln!
7. Vermittlung von Servicequalität als Führungsaufgabe verstehen!
8. Verbindliche Qualitätsmerkmale definieren!
9. Elektronische Angebote ausbauen!
10. Länderübergreifende Zusammenarbeit vertiefen!

Ausgangslage: Berlins Verwaltung hemmt Wirtschaftswachstum

Die Berliner Verwaltung als Standortfaktor

Verwaltungshandeln und Bürokratie sind Standortfaktoren: Unternehmen fällen ihre Investitionsentscheidungen auch im Hinblick auf die Bürokratielasten, die ihnen durch die öffentliche Hand entstehen. Dabei haben sie sowohl den Aufwand von Verwaltungsprozessen im Blick als auch die bürokratischen Belastungen, die das Landes-, Bundes- und Europarecht verursachen. Die Struktur der Berliner Verwaltung in ihrer derzeitigen Form befördert bürokratische Belastungen für die Unternehmen. Sie ist damit zugleich eine zentrale Baustelle zur Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Hauptstadt. Nicht nur für ansiedlungswillige Unternehmen, sondern auch für bereits ansässige Firmen ist die Leistungsfähigkeit, Effizienz und Wirtschaftsfreundlichkeit der Behörden von erheblichem Interesse. Verwaltungshandeln hat finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen und trägt wesentlich zum positiven Image einer Wirtschaftsregion bei.

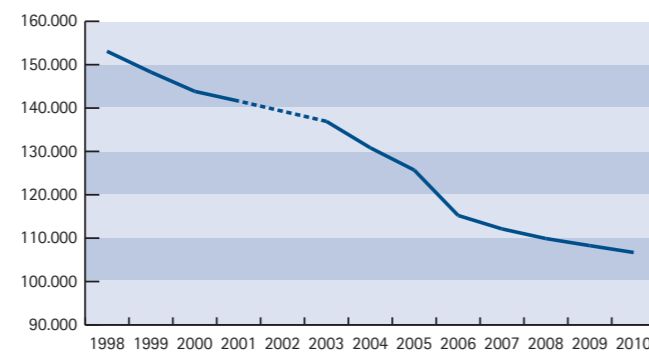
Berlins schwieriges Erbe

Auch der Berliner Senat hat erkannt, dass die Verwaltung des Landes gegenwärtig noch nicht vollständig dem Leitbild einer effizienten und zukunftsfähigen Dienstleistungsorganisation entspricht. Dafür gibt es politische und historische Ursachen. Der Berliner Arbeitsmarkt wurde während der Zeit der innerdeutschen Teilung im östlichen wie im westlichen Teil der Stadt stark vom öffentlichen Dienst geprägt. Während im Osten Berlins die staatliche Beschäftigung infolge des ideologisch motivierten Komplettumbaus der Gesamtwirtschaft zum zentralen Beschäftigungsmerkmal wurde, führten die Einschränkungen im Exportbereich, die sich für die Insel Westberlin ergaben, zum Exodus des Industrie. Westberlin war auf Unterstützung angewiesen, die in Form der „Berlinförderung“ zuerst half, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und Unternehmen am Standort zu halten, später jedoch auch dazu beitrug, dass überbordende Strukturen im öffentlichen Dienst entstanden.

Schleppende Modernisierung in der Nachwendezeit

Mit dem Ende der deutschen Teilung blieb für die fast 210.000 Mitarbeiter der Berliner Landesverwaltung kaum noch etwas so, wie es vorher war: Entfremdet von ihren administrativen Kernaufgaben waren die Behörden den Anforderungen an Leistungsorientierung und Kosteneffizienz teilweise nicht gewachsen. Die Verwaltungsreformen der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts zielten deshalb in besonderem Maße auf mehr Effizienz, eine schlankere Organisation und transparente Kostenstrukturen. Dabei gelangen zweifelsfrei Fortschritte: Der Personalbestand wurde in den vergangenen 20 Jahren auf mittlerweile 106.000 Mitarbeiter reduziert und damit fast halbiert. 30.000 Stellen davon gehen auf Initiativen des früheren rot-roten Senats zurück. Mit dem Programm ServiceStadt Berlin wurden vielversprechende Perspektiven für eine Verwaltungsmodernisierung aufgezeigt und neue Methoden zur Messung von Bürokratiekosten eingeführt. Reformbemühungen werden heute, so wie es die Wirtschaft fordert, zunehmend an der Nachfrageseite von Verwaltungsdienstleistungen ausgerichtet. Ein Beispiel dafür ist die Einrichtung gemeinsamer Anlaufstellen nach dem Prinzip der One-Stop-Agency. Die Wirtschaft erkennt den Modernisierungswillen in Teilen der Verwaltung an und unterstützt die entsprechenden Akteure.

Entwicklung des Personalbestands in der Berliner Verwaltung



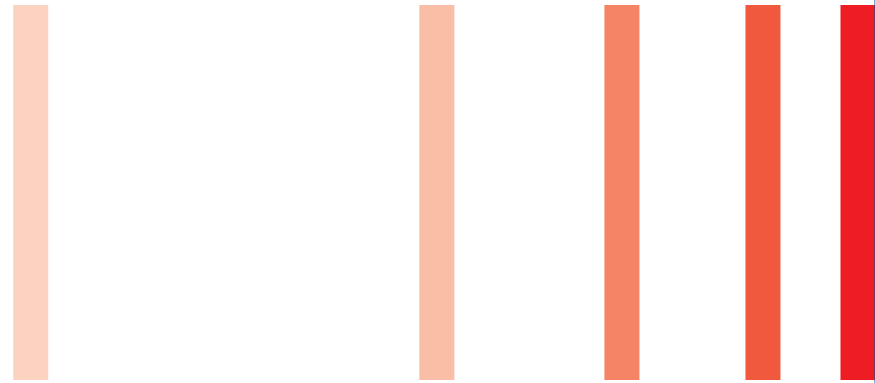
Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen Berlin
Anmerkung: Für 2002 liegen keine Zahlen vor. Es wird von einem linearen Verlauf der Kurve ausgegangen.

Einstufige Verwaltung bleibt Kernforderung

Trotz aller Fortschritte steckt die Berliner Verwaltung jedoch nach wie vor in der Strukturfrage der zweistufigen Verwaltung. Komplizierte Verfahrensabläufe und Entscheidungswege sowie die uneinheitliche Struktur hemmen die wirtschaftliche Entwicklung und führen zu Unverständnis und Verärgerung bei den hiesigen Unternehmern. Durch die dezentrale Abwicklung der Verfahren und das Nebeneinander von politisch geführter Hauptverwaltung und politisch geführten Bezirken entstehen immer wieder unnötige Reibungsverluste, die oft zu Lasten der antragstellenden Unternehmen gehen. Serviceorientierung wird von vielen Verwaltungsbeschäftigten immer noch nicht umfänglich geteilt und gelebt. Beharrungsmentalität, Defizite in den Ablaufstrukturen und fehlender politischer Veränderungswille hemmen den dringend notwendigen Modernisierungsprozess. Andere Regionen und viele Unternehmen sind der Berliner Verwaltung weit voraus und haben bereits fundierte Strategien zur Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen implementiert. Auch Berlin braucht eine zukunftsweisende Verwaltungsstruktur. Die Einstufigkeit würde umfassende Durchgriffsrechte seitens des Senats gewährleisten, Effizienzsteigerungen in den Bezirken ermöglichen, politische Streitigkeiten zwischen den Ebenen vermeiden und so der unternehmerischen Erwartungshaltung an einer effizienten und serviceorientierten Verwaltung am ehesten gerecht werden.

Optimierung der zweistufigen Struktur als Notwendigkeit

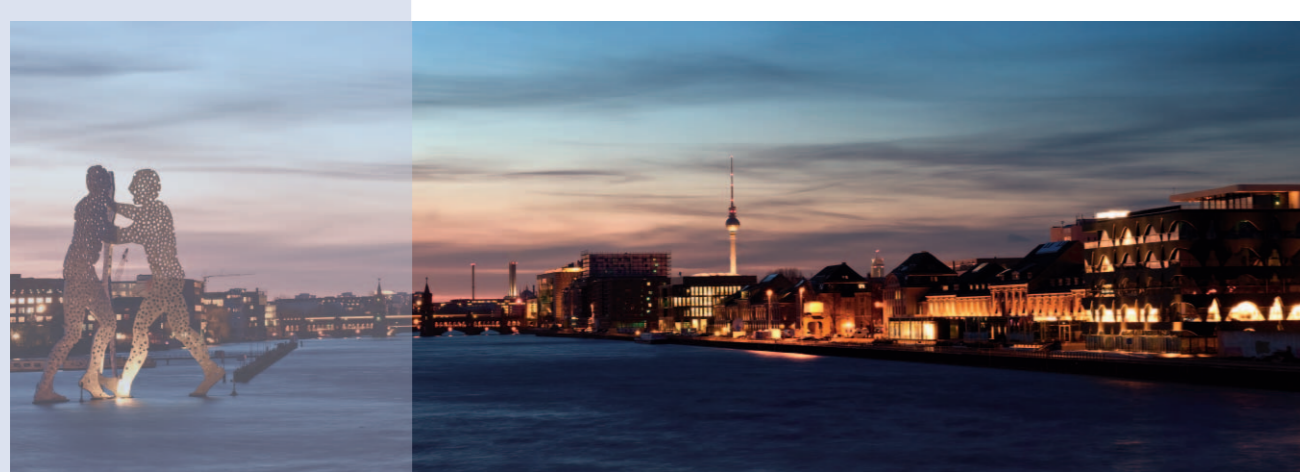
Die Reform des Föderalismus ist ein schwieriger und langwieriger Prozess – das gilt im Bund ebenso wie in Berlin. Die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien engagieren sich derzeit kaum für die politische Umsetzung der einstufigen Verwaltung. Auch auf Bezirksebene dürfte sich auf absehbare Zeit keine breite Mehrheit zur Unterstützung dieses weitreichenden Reformvorhabens finden. In Anerkennung der politischen Realitäten strebt die IHK Berlin deshalb zunächst eine Verbesserung der derzeit praktizierten Form der Zweistufigkeit an. Dazu werden Problemfelder benannt, die das Verwaltungshandeln unabhängig vom strukturellen Defizit der Zweistufigkeit behindern, Unternehmertum erschweren und damit die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts gefährden. Die zehn Hauptkritikpunkte aus Sicht der Wirtschaft und entsprechende Lösungsansätze werden nachfolgend beschrieben.



Die zehn Hauptkritikpunkte aus Sicht der Wirtschaft

1. Wirtschaftsfreundlichkeit als Randnotiz	08
2. Unzureichender politischer Veränderungswille	09
3. Belastbare Zukunftsstrategien fehlen weitgehend	10
4. Binnensicht hemmt Serviceorientierung	11
5. Kompetenzwirrwarr und unklare Strukturen	12
6. Effizienzpotenziale werden nicht ausgeschöpft	13
7. Fehlsteuerungen in der Personalpolitik	14
8. Bearbeitungsdauer ohne Gewähr	15
9. Unzureichende Verbreitung von Online-Diensten	16
10. Länderübergreifende Zusammenarbeit bleibt Stückwerk	17

1. Wirtschaftsfreundlichkeit als Randnotiz



Verzögert.

Bezirk behindert Mediaspree.

In Berlin können Bürgerentscheide in einzelnen Bezirken Bebauungspläne beeinflussen. Durch den 2008 erfolgten Bürgerentscheid im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wurde die Realisierung des Investitionsprojekts „Mediaspree“ massiv behindert. 1,5% der Wahlberechtigten von Berlin haben in diesem Fall ein Projekt mit gesamtstädtischer Bedeutung torpediert. Das verschreckt Investoren und kostet letztlich Arbeitsplätze.

Von einer modernen, kundenfreundlichen Verwaltung ist Berlin gegenwärtig noch immer entfernt. Auf einfache Prozesse und einen einheitlichen Verwaltungsvollzug hofft die Wirtschaft ebenso vergeblich wie auf die flächendeckende Neuausrichtung der Verwaltungskultur und eine klare Verantwortungshierarchie für deren Durchsetzung. Das Personal versteht sich trotz Fortschritten bislang noch nicht ausreichend als Dienstleister für Bürger und Unternehmen. Teile der Verwaltung haben nicht verinnerlicht, dass die Suche nach Entlastungsmöglichkeiten für die Wirtschaft zu ihrem Selbstverständnis gehören sollte. Die Mitarbeiter setzen zu häufig auf formale Korrektheit und Risikominimierung als auf einfache, praktikable und unternehmensfreundliche Lösungen. Das zeigt sich auch an mitunter langen Bearbeitungszeiten, kleinteiligen Verfahren und der Tendenz, bürokratisch-fachliche Sachverhalte im Genehmigungsprozess unangemessen zu bewerten. Dem Faktor Zeit wird bei Abstimmungsprozessen nach wie vor viel zu wenig Bedeutung beigemessen. Das alles wirkt sich negativ auf betroffene Unternehmen aus.

2. Unzureichender politischer Veränderungswille



In der Berliner Politik gibt es bislang kaum ernsthafte Bemühungen, grundlegende Veränderungen beim Organisationsaufbau der Verwaltung in Angriff zu nehmen. Der weitgehenden Verselbstständigung der Bezirke und Verkomplizierung von Organisationsstrukturen wird kaum entgegengetreten. Dass es hier seit Jahren nicht vorangeht, liegt zum einen an Beharrungsmentalitäten in den Bezirken, die sich bisher nur selten als nachgeordnete Verwaltungsebene der Einheitsgemeinde Berlin verstehen. Es ist zum anderen auch das Ergebnis fehlender politischer Durchsetzungskraft auf Landesebene und dem Bestreben in Teilen der Politik, innerparteilichen Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen. Der Wunsch der Wirtschaft und des Landes, eine Einheit mit identischer Verfahrens- und Entscheidungspraxis über die Bezirksgrenzen hinweg zu schaffen, und der Wunsch der Bezirke nach möglichst großer Dezentralität und Eigenständigkeit sind vom Ansatz her gegenläufig.

Verschenkt.

Senatsverwaltungen ohne Durchgriffsrechte.

Die Aufgabenverteilung zwischen beiden Berliner Verwaltungsebenen erfuh im Zuge der Bezirksreform erhebliche Veränderungen. Der Gesetzgeber hat sich dazu entschlossen, zusätzliche Aufgaben an die Bezirke zu übertragen und zugleich die Fachaufsicht abgeschafft – eine wesentliche Ursache für die heute uneinheitliche Aufgabenverteilung, für ineffiziente Bearbeitungs- und Abstimmungsprozesse und für mangelnde Steuerungsmöglichkeiten seitens der Hauptverwaltung.

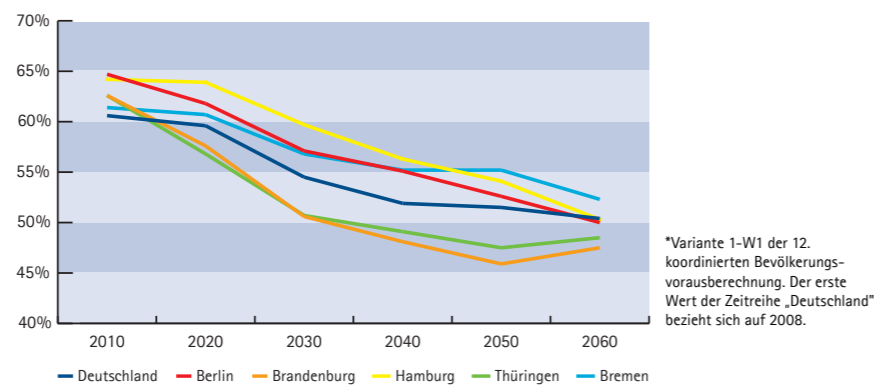
3. Belastbare Zukunftsstrategien fehlen weitgehend



Verschlafen.
Pensionierungswelle gefährdet Know-How-Transfer.
 Die massive Überalterung der Berliner Verwaltung, die mit hohen Krankheitsständen und einem Mangel an Nachwuchskräften einhergeht, ist ein enormes Problem. Über Jahre erworbenes Spezialwissen droht angesichts der Pensionierungswelle im öffentlichen Dienst verlorenzugehen. Für den Wissenstransfer von ausscheidenden Mitarbeitern gibt es derzeit keine schlüssigen Konzepte. Die Zahl der Mitarbeiter, die aus dem Landesdienst ausscheiden wächst zugleich beständig. Derzeit erhalten fast 50.000 ehemalige Staatsbedienstete Pensionszahlungen.

Den Berliner Behörden fehlt bislang eine realistische Langfriststrategie – ein Orientierungsrahmen zur Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen, wie demografischem Wandel und Schuldenbremse. Die bisherigen Vorschläge und Konzepte vernebeln das Ausmaß der Problemlage, in der sich der Verwaltungsapparat befindet. Mit den derzeitigen Angeboten wird die Verwaltung schlechte Karten haben im zunehmenden Wettbewerb um die besten Köpfe. Für die flächendeckende Umsetzung technologisch getriebener Verwaltungsverfahren sind neuartige Organisations- und Arbeitskompetenzen für alle Beschäftigtengruppen gefragt, die bisher nur in Ansätzen etabliert wurden. Gute Antworten auf die Fragen, was soll und kann die Verwaltung künftig leisten, welche Aufgaben können zugunsten welcher neuen Aufgaben wegfallen und welche Effizienzgewinne sind durch neue Technik erwartbar, blieben Politik und Verwaltung in Berlin bisher weitgehend schuldig.

Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (20- bis unter 65-Jährige) an der Gesamtbevölkerung*



Quelle: Statistisches Bundesamt, Februar 2010, eigene Berechnung

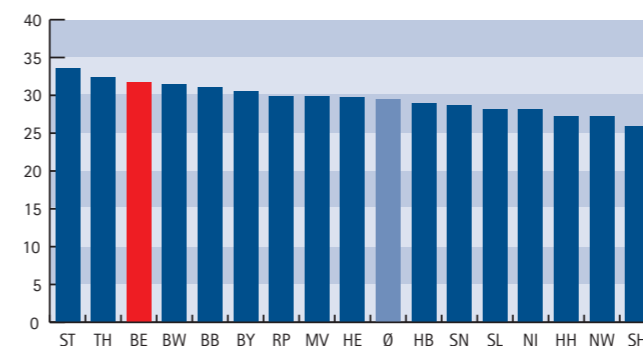
4. Binnensicht hemmt Serviceorientierung



Führungsverantwortung wird in den Senats- und Bezirksverwaltungen immer noch zu selten dazu genutzt, die Neuausrichtung der Verwaltung als Dienstleistungszentrum konsequent voranzutreiben. Das liegt auch daran, dass Leitungspositionen viel zu lange nach dem „Senioritätsprinzip“ vergeben wurden. Die Identifikation der Mitarbeiter mit dem Servicegedanken konnte bisher nicht umfassend etabliert werden – eingefahrene Strukturen und Mentalitäten verfestigen sich so weiter. Die mitunter sachlich und fachlich unangemessene Wahrnehmung von Führungsverantwortung führt für Unternehmen zu unkalkulierbaren Risiken. Insbesondere Verwaltungsmitarbeiter ohne klare und handhabbare Vorgaben durch die Leitungsebene legen sich mitunter ihre eigenen Interpretationen von „Wirtschaftsfreundlichkeit“ zurecht und neigen dazu, unwichtige Regelungen überzubewerten. Diese Mentalität führt zu unangemessenen Verschärfungen im Verwaltungshandeln und hemmt die wirtschaftliche Entwicklung.

Verlassen.
Bezirksämter machen Urlaub.
 In den Sommermonaten herrschen in den Berliner Bezirksämtern regelmäßig chaotische Zustände. Weil Mitarbeiter im Urlaub oder krank sind, bilden sich lange Warteschlangen. Statt auf eine bessere Koordination der vorhandenen Ressourcen zu setzen, ist die Antwort der Bezirke auf die Missstände leider viel zu oft die Forderung nach noch mehr Personal. Dabei sind die Berliner Behörden laut Senatsverwaltung für Finanzen im Vergleich zu anderen Stadtstaaten wie Hamburg oder Bremen quantitativ bereits bestens ausgestattet. Eine professionelle Personalplanung und Terminkoordination, eine funktionierende Gesundheitsvorsorge und Fortschritte beim E-Government könnten die Lage entschärfen, wurden bisher aber nicht ausreichend vorgebracht.

Öffentlich Beschäftigte im Landesdienst (Land, Kommunen)
 Beschäftigte je 1.000 Einwohner



Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen Berlin

5. Kompetenzwirrwarr und unklare Strukturen



Verworren.

Genehmigungswirrwarr gefährdet Großstadtevents.

Der Berliner Senat kann mitunter nicht über die nationale und internationale Präsentation der Hauptstadt zwischen Siegestsäule und Alexanderplatz entscheiden. Die Genehmigungshoheit zur Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes, z.B. für Weihnachtsmärkte, liegt in Berlin nämlich mal bei der zentralen Verkehrslenkungsbehörde und mal bei den Bezirken. Als sich der Senat Ende des letzten Jahrzehnts darum bemühte, eine einheitliche Anlaufstelle für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen ins Leben zu rufen, liefen die Bezirke Sturm – das entsprechende Gesetz wurde gekippt.

Die Berliner Verwaltungsstruktur ist nach wie vor zu undurchsichtig. Gerade der mehrstufige Aufbau verlangt nach einer klaren Verantwortungsverteilung zwischen Bezirks- und Landesebene, die bislang fehlt. Mit der Neuordnung der Bezirksstruktur wurde die Fachaufsicht als berlinweite Durchgriffskompetenz der Senatsverwaltung aufgegeben. Die Bezirke legten über Jahre selbständig und unabhängig voneinander fest, welche Angelegenheiten in welchen Abteilungen und Ämtern angesiedelt sind. Da die Bezirke nach eigenen Regeln Verantwortlichkeiten zuordneten, fehlte bislang ein überschaubares Zuständigkeitsschema und ein allgemeingültiges Ablaufcontrolling. Nach jahrelangen Diskussionen hat es der Senat geschafft, das Bezirksverwaltungsgesetz zu ändern und die Struktur der Fachbehörden in den Bezirken etwas zu straffen – zehn identisch geliederte Fachämter sollen entstehen. Diese Pläne sind ein Schritt in die richtige Richtung, gehen der Wirtschaft jedoch nicht weit genug. Denn ob die Fachämter zukünftig auch gleiche Aufgaben haben, ist bislang unklar.

6. Effizienzpotenziale werden nicht ausgeschöpft



Obwohl Berlin eine Einheitsgemeinde ist, hat sich auf Bezirksebene eine Art „Staat im Staate“ entwickelt. Die Bereitschaft voneinander zu lernen, zusammenzuarbeiten und überbezirklich zu denken kommt hier oft zu kurz. Die Arbeitsabläufe zur Abwicklung von Verwaltungsaufgaben sind nach Jahren der Zersplitterung von Heterogenität geprägt. Effizienzpotenziale bei zahlreichen Prozessen werden nur unzureichend ausgeschöpft. Querschnittsaufgaben etwa, wie die Administration von Personaldienstleistungen, die Gewährleistung des Gebäudemanagements oder die Organisation des Denkmalschutzes werden kosten- und personalintensiv dezentral abgewickelt. Einnahmeverluste entstehen auch durch Personalengpässe in den Ordnungsämtern oder im Bereich der Steuerprüfung. Offensichtliche Optimierungspotenziale bleiben hier seit Jahren ungenutzt. Zumindest jedoch im Bereich der Betriebsprüfung hat der Senat das Problem erkannt und Einstellungen angekündigt.

Verbaut.

Dezentrale Organisation des Denkmalschutzes verzögert Bauvorhaben.

Die Berliner Denkmalliste ist unzählige Positionen lang. Allein rund um den Hackeschen Markt, stehen über 500 Gebäude unter Denkmalschutz. In diesen Häusern muss jede bauliche Veränderung von der unterbesetzten Denkmalschutzbehörde des Bezirks genehmigt werden. Zusätzlich muss die Bezirksbehörde in jedem einzelnen Fall das Einvernehmen mit der Landesdenkmalschutzbehörde herstellen – ein quälend langer Prozess für jeden Bauherrn.

7. Fehlsteuerungen in der Personalpolitik



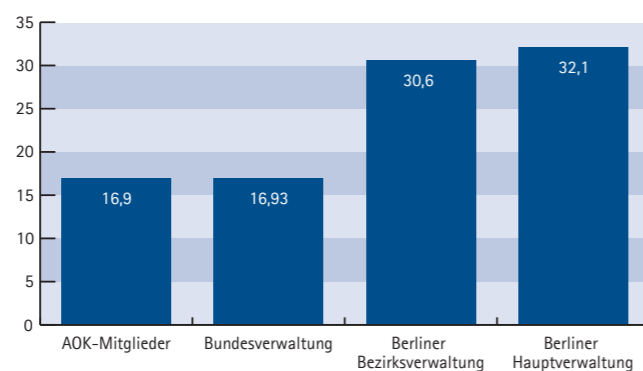
Verplant.

Personalmangel in Finanzämtern verursacht Steuerausfälle.

In den Berliner Finanzämtern sind über 700 Stellen unbesetzt. Obwohl im Doppelhaushalt 2012/13 die Einstellung zusätzlicher Betriebsprüfer vorgesehen ist, liegt der Personalbestand der Steuerbehörde um etwa 10 Prozent unter der bundesweit anerkannten Mindestausstattung. Der hochverschuldeten Berliner Landeskasse gehen jährlich dreistellige Millionenbeträge verloren, da Steuererklärungen nur noch überschlagartig überprüft werden können. Die Finanzämter haben immer wieder das Nachsehen, wenn es um Steuerhinterziehung geht. Steuerprüfer schauen ohnehin nur noch vereinzelt in den Unternehmen vorbei. Große Unternehmen müssten laut Vorgabe alle 3 Jahre kontrolliert werden – in Berlin dauert es jedoch fast 5 Jahre bis der Steuerfahnder vorbeischaud. Die Berliner Imbissbude wird im Durchschnitt sogar nur alle 120 Jahre vom Finanzamt besucht.

Die Personalpolitik des Senats wird den großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft an eine dienstleistungsorientierte Verwaltung zu selten gerecht. Personalfehlsteuerung und dadurch verursachte Einnahmeverluste für den öffentlichen Haushalt, aber auch überdurchschnittlich hohe Krankheitsstände, ein drohender Know-How-Verlust und enorme Pensionslasten stellen Berlin vor große Probleme. Die Berliner Verwaltung ist stark überaltert und bildet derzeit zu wenige Nachwuchskräfte aus, um den zukünftigen Bedarf zu decken. Und die Bezirke als kommunale Dienstleister sind personell schlecht organisiert. Trotz Fortschritten hat der Senat die eigenen Personalabbauziele verfehlt. Zurückgeblieben ist ein Verwaltungsapparat mit vielen gut bezahlten und verbeamteten Häuptlingen, aber wenigen Indianern. Ein Kuriosum ist, dass ungeachtet langsam sinkender Personalzahlen die Personalkosten zugleich ansteigen und dass sich in bestimmten Teilbereichen der Verwaltung trotz der berlinweiten personellen Überausstattung ein akuter Personalmangel entwickelt.

Krankheitstage im öffentlichen Dienst Berlins im bundesweiten Kontext



Quelle: Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen, Abwesenheiten der Beschäftigten des unmittelbaren Landesdienstes Berlin im Jahr 2009, Kleine Anfrage Drs. 16/14642 Antwort vom 26. August 2010 Abgeordnetenhaus Berlin, Kleine Anfrage Drs. 16/14643 Antwort vom 26. August 2010; Bundesministerium des Innern; Gesundheitsförderungsbericht 2008, Macco, K., Schmidt, J., Krankheitsbedingte Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft im Jahr 2008, in: Badura, B, u.a. (Hrsg.), Fehlzeitenreport 2009, Heidelberg.

8. Bearbeitungsdauer ohne Gewähr



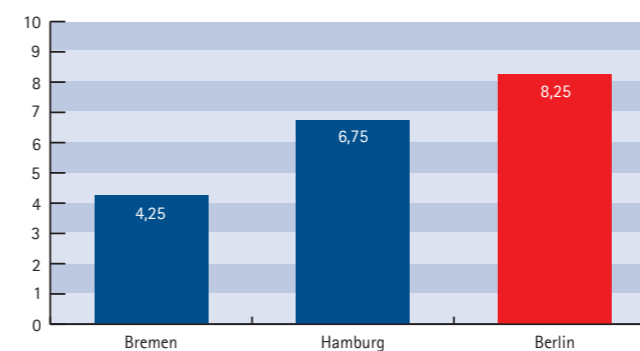
Die Wirtschaft erkennt an, dass Verwaltungsverfahren sich hinsichtlich ihres Komplexitätsgrades und hinsichtlich des Konfliktpotenzials unterscheiden, das bei der Abwägung verschiedener Interessen entstehen kann. Entsprechend gering bzw. aufwendig ist der erforderliche Koordinierungsaufwand zwischen den Ebenen, wenn es um die Bescheidung von Anträgen geht. Berliner Unternehmer brauchen dennoch in vielen Fällen mehr Geduld als viele ihrer Kollegen in anderen Bundesländern. Wirtschaftsfreundliche Servicegarantien, wie sie in vielen anderen Kommunen bereits eingeführt wurden, sind in Berlin noch nicht umfänglich umgesetzt oder besitzen bestenfalls Appellcharakter. Die Forderung der Wirtschaft, Genehmigungsverfahren in Anzeigeverfahren umzuwandeln, findet nur wenig Gehör. Aktenvorgänge werden noch immer zu häufig in Papierform geführt bzw. zwischen den Behörden weitergegeben. Im Arbeitsablauf summieren sich so zu den ohnehin langen Bearbeitungszeiten auch noch Transport- und Liegezeiten. Das führt zu gähnend langen Genehmigungsphasen, die Unternehmer verärgern und Ansiedlungen in der Stadt erschweren.

Verhindert.

Bezirk vereitelt Hotelbau an der Messe. Die spanische Barcelló-Hotelgruppe hätte gern 140 Millionen Euro in Berlin investiert, 130 Leute angestellt und ihre Deutschlandzentrale in die Hauptstadt verlegt. Sie vertraute auf Zusagen des Senats und ließ sich auf eine jahrelange Odyssee durch die Berliner Amtsstuben ein. Am Ende lehnte das Abgeordnetenhaus das Projekt auf Druck des Bezirkes Charlottenburg-Wilmersdorf ab.

Dauer administrativer Gründungsverfahren

in Tagen



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn 2011

9. Unzureichende Verbreitung von Online-Diensten



Verteuert.

Dezentrale IT-Steuerung verursacht hohe Kosten.

In Berlin ist jede Senats- und jede Bezirksverwaltung für die Durchführung von IT-Maßnahmen in ihrem Geschäftsbereich zuständig. Durch Serverkonsolidierung, zentralen Betrieb und Betreuung wäre es möglich, die IT-Kosten signifikant zu senken. Dennoch werden Server, Anwendungen und Dienste noch oft kostenintensiv dezentral vorgehalten.

Bei der Optimierung, Standardisierung und Automatisierung von elektronischen Verwaltungsprozessen hat Berlin Fortschritte gemacht. Die Kontaktaufnahme zur Verwaltung mit Hilfe moderner Medien ist dennoch noch nicht überall gängige Praxis – eine gesetzliche Regelung zum Aufbau organisations- und prozessübergreifender Informationssysteme nicht beschlossen. Medienbruchfreie Anwendungen für Verwaltungsverfahren und zur internen Zusammenarbeit sind an einigen Stellen noch Zukunftsmusik, obwohl ähnliche Prozesse beim Onlinebanking und -shopping längst Normalität sind. Auch die Freigabe von Verwaltungsdaten (Open Data) verläuft, gemessen an der internationalen Entwicklung, nur schleppend. Dabei liegt gerade hier eine Chance zur kostengünstigen Wirtschaftsförderung: Die Entwicklung elektronischer Anwendungen und Applikationen auf Basis von Verwaltungsdatensätzen schafft Wertschöpfung, sofern die Wirtschaft einen umfassenden und kostenlosen Zugang zu Verwaltungsdaten erhält. Eine vielversprechende Chance zur Förderung und Entlastung der Wirtschaft wird so vertan.

10. Länderübergreifende Zusammenarbeit bleibt Stückwerk



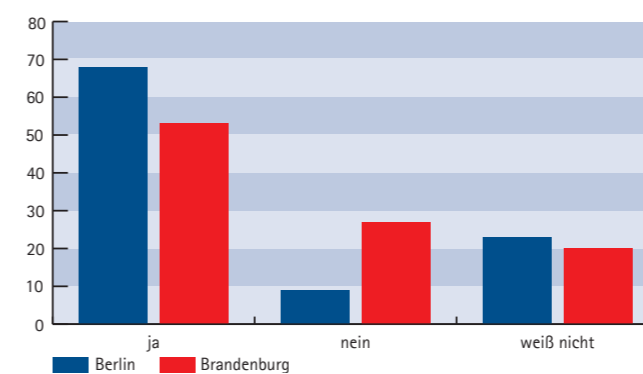
Die Idee, Berlin und Brandenburg zu fusionieren, ist so alt wie die deutsche Einheit. Substanzielle Fortschritte scheitern derzeit jedoch vor allem an der ablehnenden Haltung der Brandenburger Politik. Problematisch ist auch, dass die derzeitige Verwaltungsstruktur in Berlin den Erfordernissen einer eng verflochtenen Wirtschaft und Verwaltung im Bundesland Berlin-Brandenburg kaum gerecht würde. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten kooperieren die Länder bei der gemeinsamen Landesplanung, in den Politikbereichen öffentlicher Nahverkehr, Justiz und Polizei, Bildung, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und in der Wirtschaftsförderung. Auf lange Sicht wird das jedoch nicht ausreichen: Das fortdauernde Ausbleiben einer konkreten Perspektive für grundlegende, strukturelle Veränderungen ist ein falsches Signal an Investoren und ein Hemmnis für die Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion.

Verspielt.

Politische Ratlosigkeit beim Thema Länderfusion.

Im Koalitionsvertrag der 2011 gebildeten rot-schwarzen Landesregierung wird die Fusion von Berlin und Brandenburg nicht einmal mehr erwähnt – ein Rückschritt gegenüber bisherigen Vereinbarungen, für den es aus Sicht der Wirtschaft und mit Blick auf mögliche Einsparungen in den Verwaltungen keinen erkennbaren Grund gibt. Die Koalition hat mit dem Verzicht auf die Formulierung einer konkreten Fusionsabsicht ein politisches Signal gesetzt, welches das Thema auf Jahre an den Rand des politischen Diskurses drängen wird.

Befürworten Sie eine zügige Fusion von Berlin und Brandenburg?



Quelle: Konjunkturumfrage IHK Berlin, Jahresbeginn 2011



Zehn Vorschläge zur Optimierung der zweistufigen Verwaltung

Die Zielvorstellung einer zukunftsfähigen und wirtschaftsfreundlichen Verwaltung ist in Berlin trotz erkennbarer Fortschritte noch lange nicht durchgängige Realität. Sie sollte es aber werden, um Standortnachteile abzubauen und die Attraktivität der Stadt für ansässige Unternehmer und Investoren zu steigern. Berlin muss sich im föderalen Wettbewerb um Ansiedlungen behaupten – dafür braucht die Verwaltung frische Ideen und neue Regeln. Mit dem Ziel, die aufgeführten Defizite zu beheben und Chancen aufzuzeigen, erläutert die IHK Berlin im Folgenden komprimiert ihre Thesen und leitet auch anhand von Beispielen konkrete Veränderungsvorschläge ab.

- | | |
|---|----|
| 1. Berlin zur Modellregion für Wirtschaftsfreundlichkeit machen! | 20 |
| 2. Politische Führung wahrnehmen! | 21 |
| 3. Aufgabenkatalog selbstkritisch prüfen! | 22 |
| 4. Arbeitsabläufe am Kunden ausrichten! | 23 |
| 5. Verwaltungssteuerung zentralisieren! | 24 |
| 6. Unternehmensdienstleistungen bündeln! | 25 |
| 7. Vermittlung von Servicequalität als Führungsaufgabe verstehen! | 26 |
| 8. Verbindliche Qualitätsmerkmale definieren! | 27 |
| 9. Elektronische Angebote ausbauen! | 28 |
| 10. Länderübergreifende Zusammenarbeit vertiefen! | 29 |

1. Berlin zur Modellregion für Wirtschaftsfreundlichkeit machen!



Sofortmaßnahme:
Genehmigungsmanagement für wirtschaftsrelevante Verfahren einführen!
Best Practice: RAL zertifizierte Ressortsteuerung im Kreis Paderborn

Mit einem regionalen Genehmigungsmanagement (100 Pro) wird im Kreis Paderborn seit 2009 eine verbesserte Zusammenarbeit aller wirtschaftsrelevanten Verwaltungen verwirklicht. Ziel ist es insbesondere, den kleinen und mittelständischen Industrie- und Handwerksunternehmen mehr Service, eine leichtere Identifizierung von Ansprechpartnern und verlässliche Rahmenbedingungen zu sichern. Da die beteiligten Verwaltungen wirtschaftsrelevante Geschäftsprozesse bevorzugt behandeln und in einer festgelegten Zeiteinheit bescheiden, werden Bau- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises befördert.

Berlin soll nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Hauptstadt Deutschlands werden. Dazu muss die Stadt zu einer Modellregion für Wirtschaftsfreundlichkeit werden, in der vielversprechende Innovationen und unternehmerische Ideen erleichtert und nicht behindert werden. Für Start-ups und junge wachstumsstarke Unternehmen sollten die vorhandenen finanziellen und strukturellen Anreize zur Unternehmensgründung optimiert und besser koordiniert werden. Eine optimal aufgestellte Wirtschaftsverwaltung und -förderung und die umfassende Vereinfachung von bürokratischen Prozessen bieten dem Land die Chance, sich positiv gegenüber anderen Wirtschaftsregionen abzugrenzen. Verfahren, Fristen und Verantwortlichkeiten müssen mit dem Ziel einer größeren Berechenbarkeit standardisiert werden. Die zeitliche Befristung von Gesetzen kann dabei helfen, deregulierende Bestimmungen experimentell einzuführen und deren Wirkung zu prüfen. Klare Verantwortlichkeiten und die Bereitschaft zur Kooperation mit den Unternehmen sollen ein wirtschafts- und investitionsfreundliches Klima begünstigen, das prägend wird für die Wahrnehmung Berlins als Wirtschaftsstandort. Eine schnelle, moderne und flexible Verwaltungspraxis ist nicht nur gut für die Unternehmen, sondern lohnt sich angesichts allgegenwärtiger Sparzwänge auch für den Staat.

2. Politische Führung wahrnehmen!



Verwaltung ist nicht nur Instrument sondern auch Gestalter. Dennoch muss die Politik bestimmen, was die Verwaltung tut – und nicht umgekehrt. Die grundsätzlichen Entscheidungen über eine berlinweite Definition von Verwaltungsaufgaben, -kultur und -struktur obliegen dem Senat und dem Berliner Abgeordnetenhaus. Folgerichtig sollte sich Politik zunehmend darauf einstellen, konkrete Ziele und Rahmenbedingungen für Verwaltungshandeln zu definieren, die Erfüllung der Leistungsaufträge zu kontrollieren und so in die Rolle eines Auftraggebers für öffentliche Dienstleistungen hineinzuwachsen. Sie sollte zudem klare Verantwortungsabgrenzungen vornehmen, Zukunftsperspektiven aufzeigen und für identische Verwaltungsstrukturen im Hinblick auf Aufbau und Ablauf in den Bezirken sorgen. Moderne Formen der elektronischen Partizipation können dabei helfen die Akzeptanz für Veränderungsprozesse bei den Verwaltungsmitarbeitern zu erhöhen. Nur durch klare, vernünftige und transparente politische Vorgaben kann die landesweit einheitliche Rechtsanwendung gewährleistet werden, die das Vertrauen schafft, das für ein gutes Investitionsklima unersetzlich ist.

Sofortmaßnahme:
Outputorientierung der Verwaltung fördern!
Best Practice: Einführung von Kontraktmanagement in Wien
In der österreichischen Hauptstadt werden bereits seit Beginn des letzten Jahrzehnts die Ideen des New Public Management erfolgreich umgesetzt. Ein wichtiger Baustein dabei ist das Kontraktmanagement. Das Konzept sieht vor, dass zwischen verwaltungsinternen Organisationseinheiten unterschiedlicher Hierarchiestufen – aber auch mit der Politik – konkrete Leistungs- und Zielvereinbarungen getroffen werden. Die zentrale Neuerung dieser Überlegung ist folgende: Die Lenkung des Verwaltungshandelns wird nicht wie bisher durch die Vorgabe von Regeln für Arbeitsprozesse und die Bereitstellung von Ressourcen (Input-Steuerung) durchgeführt, sondern erfolgt mit Blick auf die konkreten Ergebnisse von Verwaltungshandeln. An die Stelle von hierarchischen Einzelanweisungen und Detailvorgaben treten Vereinbarungen über Ziele und zu erbringende Leistungen (Output-Steuerung), an denen die Verwaltung gemessen wird.

3. Aufgabenkatalog selbstkritisch prüfen!



Sofortmaßnahme:

Befristung von Rechtsverordnungen anstreben!

Best Practice: Vorschriftenbefristung in Hessen

Hessen hat beim Bürokratieabbau eine Vorreiterrolle in Deutschland eingenommen. Rechtsverordnungen werden dort fünf Jahre nach ihrer Einführung automatisch auf den Prüfstand gestellt. Durch die regelmäßige Überprüfung der Normen auf ihre Notwendigkeit und auf möglichen Änderungsbedarf konnten bisher etwa 30 Prozent der Rechts- und Verwaltungsvorschriften eingespart werden.

Der Aufgabenbestand der Berliner Verwaltung ist anhand des Produktkatalogs systematisch unter die Lupe zu nehmen – das umfasst sowohl Einsparungs- als auch Optimierungspotenziale. Überlegungen zur Modernisierung von Organisation, Verfahren und Steuerung der Verwaltung müssen in eine langfristige Strategie eingebettet, noch stärker an Ergebnissen beziehungsweise Leistungen gemessen und auf die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung ausgerichtet werden. Dabei muss in regelmäßigen Abständen geprüft werden, ob die von der Verwaltung wahrgenommenen Aufgaben noch zum Kernbestand staatlicher Tätigkeit gehören, welche Wirkung mit der Dienstleistung tatsächlich erzielt wird und ob durch eine Ausgliederung bzw. Privatisierung von Leistungen eine kostengünstigere Aufgabenerledigung verbunden wäre. Verwaltungsaufgaben, die den Anforderungen nicht genügen, sind abzuschaffen oder zu privatisieren, um den öffentlichen Dienst leistungsfähiger aufzustellen und den Berliner Landeshaushalt zu entlasten.

4. Arbeitsabläufe am Kunden ausrichten!



Damit die organisatorische Verselbständigung der Bezirke nicht noch weiter ausgedehnt wird, sollten in der Einheitsgemeinde Berlin einheitliche Verfahrensregeln gelten, nach denen gleichgelagerte Fälle behandelt werden. Dem Faktor Zeit muss dabei mehr Bedeutung zugemessen werden: Nicht der rat- und entscheidungssuchende Unternehmer muss von einer Behörde zur anderen laufen, sondern der bestmöglich digitalisierte Verwaltungsvorgang. Die komplexe Organisationsstruktur und die funktionale Arbeitsteilung innerhalb der Behörden dürfen nicht länger zum Maßstab für Verwaltungsabläufe erhoben werden. Um eine effiziente und bedarfsgerechte Dienstleistung für Unternehmen und Bürger anbieten zu können, müssen Arbeitsabläufe gestrafft und an den Bedürfnissen des Kunden ausgerichtet, gleichartige Prozesse zusammengelegt und Redundanzen im Bearbeitungsprozess vermieden werden. Erfolgversprechend ist die weitere Förderung von Angeboten wie der Behördenrufnummer 115 oder dem Unternehmensservice. Hier wird dem Antragsteller ein fester Ansprechpartner zugeteilt, der das Verfahren bis zum Abschluss verantwortlich begleitet, unabhängig davon, wie viele Bezirke oder Behörden daran zu beteiligen sind.

Sofortmaßnahme:

Mehr Servicegarantien für Bearbeitungszeiten einführen!

Best Practice: Feste Bearbeitungszeiten in Osnabrück

Endlos warten auf die Baugenehmigung oder den dringend benötigten Ersatzführerschein kennen die Unternehmer im Landkreis Osnabrück nicht. Die Verwaltung teilt dem Antragsteller nämlich mit, wie viel Zeit für eine Leistung oder Entscheidung benötigt wird und verpflichtet sich, diesen Zeitrahmen einzuhalten. Sollte die Wahrung der vorgegebenen Fristen ausnahmsweise nicht klappen, werden dem Antragsteller selbstverständlich die Gründe dafür mitgeteilt.

5. Verwaltungssteuerung zentralisieren!



Sofortmaßnahme:
Fachaufsicht der SenatsEbene durchsetzen!

Best Practice: Fachanweisungen und Globalrichtlinien in Hamburg

In Hamburg, wo die Verwaltung ähnlich wie in Berlin organisiert ist, werden Verwaltungsaufgaben der Bezirke mit Hilfe von Fachanweisungen und Globalrichtlinien gesteuert. Steuerungsaufgaben mit gesamtstädtischer Bedeutung werden grundsätzlich von den Senatsverwaltungen, Durchführungsaufgaben von den Bezirksämtern wahrgenommen. Das Ergebnis ist eine höhere Transparenz für Verwaltungsabläufe durch klare Aufgabenorganisation und die Einheitlichkeit der Grundorganisation in den Bezirksämtern.

Der zweistufige Berliner Verwaltungsaufbau erfordert Steuerungs- und Koordinationsmittel in vertikaler wie horizontaler Richtung und eine eindeutige Aufgabenzuweisung und -wahrnehmung. Das Allgemeine Zuständigkeitsgesetz hat das Kompetenzgerangel zwischen Senats- und Bezirksebene nicht beendet – was „gesamtstädtisch“ heißt, ist nicht ausreichend definiert. Ministeriell-steuernde Aufgaben und Vorhaben mit berlinweiter Bedeutung sollten deshalb grundsätzlich von der Senatsverwaltung administriert werden. Aufgaben, die weder eine übergeordnete Bedeutung haben, noch einer einheitlichen Durchführung bedürfen, werden durch die Bezirksämter ausgeführt. Für alle Bezirke muss mit Blick auf die Struktur der Abteilungs- und Ämterebene eine schlanke, überschaubare und identische Grundorganisation geschaffen werden. Die IHK Berlin hat hierzu den Vorschlag einer viergliedrigen Behördenstruktur für die Bezirksämter unterbreitet. Ämter mit speziellen Fachkompetenzen, deren Leistungen nicht regelmäßig oder diskontinuierlich abgerufen werden, werden nicht in allen Bezirken eingerichtet, sondern als regionalisierte Aufgabe ausgewählten Bezirken oder der Senatsverwaltung zugewiesen.

6. Unternehmensdienstleistungen bündeln!



Die Einrichtung von Servicestellen für Ansiedlungsprojekte mit landesweiter Bedeutung trägt dazu bei, Behörden- und Ressortdenken in der Verwaltung zu überwinden. Angebote wie der Einheitliche Ansprechpartner müssen aber auch entsprechend beworben werden und Ansätze wie zentrale Koordinierungsstellen flächendeckend Anwendung finden. Nun sollten in allen Berliner Stadtteilen auch für kleine und mittlere Unternehmen professionalisierte Kundenzentren entstehen, die normierte Verwaltungsdienstleistungen anbieten. Das senkt bezirksübergreifend Kosten, sichert eine einheitliche Rechtsanwendung und trägt zur Verbesserung des Services bei. Durch die Bündelung der Dienstleistungsangebote an einer Stelle (Shared Services) können die Aufgaben schneller, effektiver und effizienter erledigt werden, als das in verschiedenen Fachbehörden möglich wäre. Die territoriale Bindung von Verwaltungsdatensätzen ist heute ohnehin kaum noch zu rechtfertigen. Die Verwaltung der Zukunft findet im Netzwerk statt. Jedes Berliner Dienstleistungszentrum sollte deshalb von den Unternehmen und Bürgern frei ausgewählt werden können, unabhängig davon, wo der Bürger wohnt oder das Unternehmen seinen Sitz hat.

Sofortmaßnahme:
Möglichkeiten zur Terminvereinbarung weiterentwickeln!

Best Practice: Bezirksunabhängige Terminreservierung im Bürgeramt Bonn

Um unnötige Wartezeiten zu vermeiden, bietet die Stadt Bonn den Bürgern und Unternehmen der Stadt die Möglichkeit an, vorab online einen festen Termin in einem der vier Bürgerämter zu vereinbaren. An diesem Termin können alle zu erledigenden Anliegen bearbeitet werden, und zwar unabhängig davon, in welchem Stadtbezirk der Antragsteller wohnt. Um das Angebot wahrnehmen zu können, müssen in einem Online-Formular lediglich die Kontaktdaten angegeben, ein beliebiges Amt ausgewählt und ein Termin vereinbart werden. Zum Termin selbst kann der Unternehmer gegen Vorlage seines Ausweises und den für das Anliegen benötigten Unterlagen direkt zum Terminalschalter des ausgewählten Bürgeramtes vorgehen. Auch Rückfragen oder kurzfristige Terminverschiebungen sind bequem über ein Online-Formular möglich.

7. Vermittlung von Servicequalität als Führungsaufgabe verstehen!



Sofortmaßnahme:
Öffentliche Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber vermarkten!
Best Practice: Imagekampagne für den Verwaltungsdienst in Pinneberg

Der Kreis Pinneberg hat gemeinsam mit 19 weiteren Kommunen in Schleswig-Holstein eine Informations- und Imagekampagne für die Berufe des öffentlichen Dienstes organisiert. Ziel der Kampagne ist es, gemeinsam und kostensparend für die vielseitigen Vorteile eines Arbeitsplatzes in den Kommunalverwaltungen zu werben. Mit professioneller Unterstützung und aktiven Rekrutierungsbemühungen begegnet man in Pinneberg schon heute dem drohenden Nachwuchsmangel.

In den Köpfen vieler Verwaltungsmitarbeiter muss sich etwas ändern – sie müssen in Lösungen denken, nicht in Problemen. Praktisch heißt das: In der täglichen Verwaltungsarbeit sollen Vorschriften sowie deren Auslegungs- und Ermessensspielräume – soweit vertretbar – ergebnisorientiert im Sinne der Wirtschaft gehandhabt werden. Die Durchsetzung dieser Prämisse erfordert professionelle Personalführungskompetenz, die Leistungsorientierung fördert und materielle Anreize im Gehaltssystem setzt. Bei der Besetzung von Leitungspositionen dürfen zukünftig nur noch Bewerber berücksichtigt werden, die entsprechende Erfahrungen nachgewiesen haben. Während Führungskräfte regelmäßig weiterqualifiziert werden, sollten Nachwuchskräfte zur Förderung kunden- und dienstleistungsorientierten Denkens im Rahmen ihrer Ausbildung grundsätzlich einen verpflichtenden Aufenthalt in einem kundennahen Dienstleistungsbereich absolvieren. Die Berliner Verwaltung braucht eine neue Willkommenskultur für Nachwuchskräfte. Eine stärkere Betonung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber wäre dabei sicher hilfreich.

8. Verbindliche Qualitätsmerkmale definieren!



Die Berliner Verwaltung braucht ein kontinuierliches Qualitätsmanagement, das die Einhaltung von Ablaufplänen begleitet und Vorschläge zu Verfahrensvereinfachungen und gegebenenfalls notwendigen Rechtsänderungen erarbeitet. Abläufe und Verfahren müssen – auch im internen Verwaltungsgang – durch klare Terminvereinbarungen und Fristen beschleunigt werden. Bei einer Überschreitung der Bearbeitungsfristen sollen die Behörden Säumnisgebühren an die Kunden auszahlen. Zudem gilt in diesem Fall die Genehmigungsfiktion. Der Senat sollte bei der Bemessung von Gebühren, Beiträgen oder Entgelten grundsätzlich nur den nicht zu vermeidenden Verwaltungsaufwand zur Vorgangsbearbeitung ansetzen. Mit Blick auf das Erscheinungsbild der Verwaltung ist es zudem sinnvoll einen Corporate-Identity-Standard einzuführen, wie er in anderen deutschen Wirtschaftsregionen seit langem üblich ist.

Sofortmaßnahme:
Qualitätsmanagement einführen und Ergebnisse regelmäßig publizieren!
Best Practice: Stabsstelle für Kontrolle und Revision in Wels/A

Die österreichische Stadt Wels hat eine besondere Form der Amtsinspektion eingeführt. Mehrere Mitarbeiter prüfen kontinuierlich das gesamte Magistrat der Stadt auf dessen Wirtschaftsfreundlichkeit. Auch auf Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit von Verwaltungshandeln wird besonders geachtet. Die Prüfungen werden sowohl begleitend als auch im Nachhinein durchgeführt und enthalten neben der Analyse des Ist-Zustandes auch konkrete Vorschläge für Verbesserungen.

9. Elektronische Angebote ausbauen!



Sofortmaßnahme:

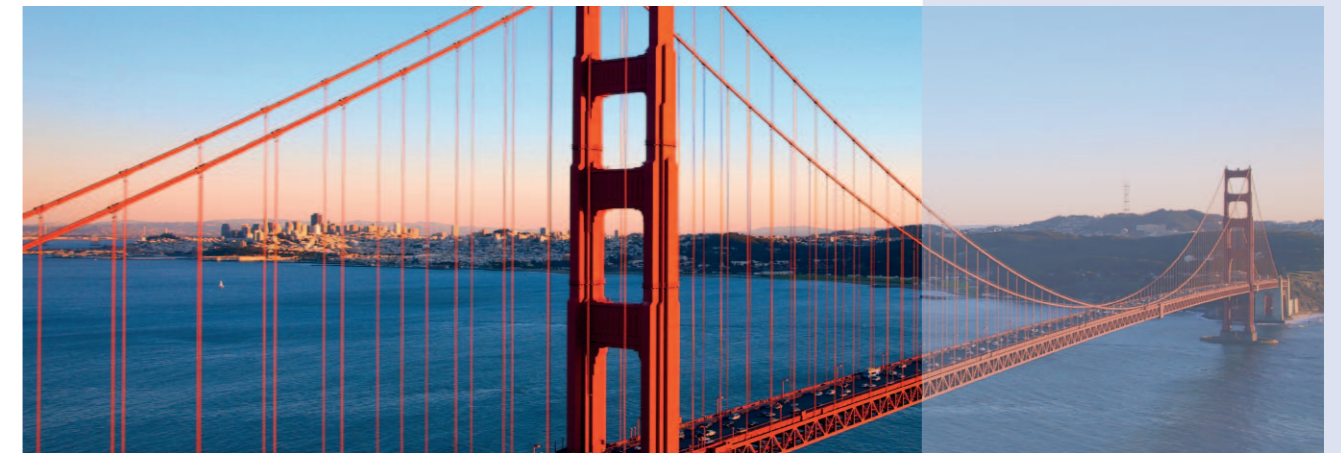
Verwaltungsdatensätze umfassend und dauerhaft offenlegen, um Wertschöpfung zu generieren!

Best Practice: Open Data Portal der Stadt Wien

Die Stadt Wien bekennt sich zur umfassenden Freigabe von Datensätzen für Bevölkerung, Wirtschaft und Wissenschaft. Relevante Daten kommen aus den Bereichen Statistik, Geodaten, Verkehr oder Ökonomie. Nicht betroffen sind personenbezogene Daten. Die Stadtverwaltung stellt die Daten in offenen, maschinenlesbaren Formaten zur Verfügung, um die Nutzbarkeit der Datensätze für Bürger und Unternehmen zu gewährleisten. Offene und frei zugängliche Verwaltungsdaten ermöglichen einen breiten, demokratischen Wissensaustausch, begünstigen den Dialog zwischen Verwaltung und Unternehmen, fördern Innovationen und generieren so letztlich Wertschöpfung.

Für die Wirtschaft stellt die Nutzung moderner Kommunikations- und Informationstechnik unabhängig von Ort und Öffnungszeiten der Behörden einen erheblichen Gewinn dar. Die generelle Zielstellung, Verwaltungsdienstleistungen elektronisch bereit zu stellen und Prozesse medienbruchfrei anzubieten, sollte daher zügig gesetzlich geregelt werden. Berlin braucht ein E-Government- und Organisationsgesetz, das aus Sicht der Wirtschaft unmittelbar mit dem Informationsfreiheitsgesetz verzahnt werden sollte. Wichtig ist, dass Vereinfachungspotenziale bereits vor der Digitalisierung von Prozessen ausfindig gemacht und die Backoffice-Strukturen in den Fachabteilungen entsprechend angepasst werden. Die Erfahrungen zeigen, dass der Einsatz moderner Medien in den Behörden die Möglichkeit bietet, Strukturen zu vereinheitlichen, Verwaltungsverfahren zu beschleunigen sowie Verfahrenskosten zu senken. Für die künftigen Aufgaben der Berliner Behörden ist die Einrichtung organisations- und prozessübergreifender Informationssysteme deshalb ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

10. Länderübergreifende Zusammenarbeit vertiefen!



Berlin-Brandenburg hat das Potenzial sich zu einer der bedeutendsten Wirtschaftsregionen in Deutschland und Europa zu entwickeln. Dazu brauchen Stadt und Umlandregion Wirtschaftspolitik aus einem Guss mit einem breiten Fundament und miteinander kompatible Verwaltungsstrukturen. Durch die umfassende Bündelung der Wirtschaftsförderung und den Abschluss eines Rahmenstaatsvertrags zur administrativen Zusammenarbeit könnte der Ballungsraum, der schon heute eine beachtliche wirtschaftliche Dynamik aufweist, noch mehr aus seinen Stärken machen. Die Regierungen in Berlin und Potsdam müssen sich offen und einvernehmlich zur Länderfusion bekennen, denn die Integration von Parlamenten und Verwaltungen würde nicht nur Kosten senken, sondern vor allem den Wirtschaftsstandort Berlin-Brandenburg strukturell stärken. Erst in einem gemeinsamen Bundesland können die Vorzüge einer gut aufeinander abgestimmten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und die Effizienzgewinne einer dienstleistungsorientierten Verwaltung für die hiesigen Unternehmen voll zum Tragen kommen. Die Region braucht daher einen konkreten Zeitplan zur erneuten Volksabstimmung über die Länderfusion.

Sofortmaßnahme:

Regionale Zusammenarbeit professionalisieren!

Best Practice: Politikportal der Stadt San Francisco

Offenheit in Politik und Verwaltung verbessern die regionale Zusammenarbeit – das zeigen die Erfahrungen der Stadt San Francisco. Diese informiert seit einiger Zeit über ihre erfolgreichsten Initiativen zur Lösung kommunaler Problemfelder. Der Clou: Man beschränkt sich nicht auf die Publikation von Gesetzestexten. Die Stadt stellt vielmehr die Essenz ihrer praktischen Erfahrungen als „politischen Werkzeugkasten“ (Policy Toolkit) zur Verfügung. Die Hinweise reichen von Beweggründen und Studien über eine konkrete Prozessbeschreibung mit Tipps und Best-Practice-Beispielen bis zur Präsentation des konkreten Gesetzestextes. Wichtigster Adressat des Service' sind andere Städte und Kommunen in der Region, die von den Erfahrungen profitieren. Ergebnis: Lebenswirklichkeiten gleichen sich an – die Region wächst zusammen.

Herausgeber

IHK Berlin
Fasanenstraße 85
10623 Berlin
Telefon: +49 30 31510-0
Telefax: +49 30 31510-166
E-Mail: service@berlin.ihk.de
www.ihk-berlin.de

Redaktion

Bereich Wirtschaftspolitik
Telefon: +49 30 31510-293
E-Mail: wirtschaftspolitik@berlin.ihk.de

Gestaltung

Stephanie Krause

Fotos

Titel © IHK Berlin, S. 8 © jrmedien_de – Fotolia.com, S. 9 © ISO K* – photography – Fotolia.com, S. 10 © Daniel Etzold – Fotolia.com, S. 11 © Fotofreundin – Fotolia.com, S. 12 © flashpics – Fotolia.com, S. 13 © DianaH – Fotolia.com, S. 14 © hd-design – Fotolia.com, S. 15 © Messe Berlin GmbH, S. 16 © pressmaster – Fotolia.com, S. 17 © fhmedien_de – Fotolia.com, S. 20 © Verkehrsverein Paderborn e.V./Heiko Appelbaum, S. 21 © Carsten Kykal – Fotolia.com, S. 22 © Charles.S – Fotolia.com, S. 23 © sabelfoto13 – Fotolia.com, S. 24 © kameraauge – Fotolia.com, S. 25 © yetishooter – Fotolia.com, S. 26 © Staro1 – Wikipedia.de, S. 27 © ArTo – Fotolia.com, S. 28 © Wagner Christian – Fotolia.com, S. 29 © ekash – iStockphoto.com

Druck

